



Pressemitteilung

Einführung der Grundstufe

Sperrfrist: keine

Noch bis zum 20. Dezember läuft die Vernehmlassungsfrist zur Einführung der Grundstufe. Dabei geht es darum, dass die ersten beiden Kindergartenjahre, sowie die 1. Klasse zusammengenommen werden. Den Gemeinden wird es allerdings frei stehen, ob sie diese Grundstufe einführen möchten, oder nicht.

Nebst dieser Grundstufe gibt es in den umliegenden Kantonen auch die Basisstufe. Dort sind die beiden Kindergartenjahre, sowie die 1. und 2. Klasse zusammen. Die Junge CVP Nidwalden bedauert, dass es in der Vernehmlassung nur um die Grundstufe geht. Die Vernehmlassung ist fast so ausgerichtet, wie es die Bildungsdirektion haben möchte. Die Basisstufe wird von den Nidwaldner Schulgemeinden als bessere Lösung angeschaut. Die Ausbildung an der PHZ umfasst bereits den Kindergarten, sowie die 1. und 2. Klasse. Weiter ist der Lehrplan 21 auf die Basisstufe abgestimmt, denn dort wird von einer Eingangsstufe die den 2-jährigen Kindergarten bis 2. Primarschule gesprochen.

Viele umliegende Kantone favorisieren die Basisstufe oder stellen beide Modelle zur Auswahl und diese Dominanz der Basisstufe ist gross. Dieses Modell passt auch in unsere Schulstruktur im Kanton Nidwalden. Die Junge CVP Nidwalden würde es sehr begrüßen, wenn man nebst der Grundstufe auch über die Basisstufe diskutiert. Allerdings finden wir es gut, dass es den Gemeinden selber überlassen ist, ob und welche Stufe sie einführen würden. Je nach dem hat dies auch finanzielle Konsequenzen.

Weiter wird in der Vernehmlassung noch über die Klassengrösse geschrieben. Die Spannweite beträgt 15-24 Schüler pro Klasse. Ausnahmen müssen aber unsere Ansicht nach aus strukturellen Gründen möglich sein. Ebenfalls wird über Hochdeutsch im Kindergarten geschrieben. Die grundsätzliche Unterrichtssprache im Kindergarten ist Mundart, wobei der Begriff „grundsätzlich“ Ausnahmen erlaubt. Kinder, welche zu Hause eine Fremdsprache sprechen, müssen im Kindergarten bereits zwei Sprachen lernen. Die Junge CVP Nidwalden findet, dass regelmässige Unterrichtssequenzen in Hochdeutsch eingebaut werden müssen.

In unserer Vernehmlassungsantwort ersuchen wir den Regierungsrat und die Bildungsdirektion ebenfalls die Basisstufe zu prüfen, denn den Gemeinden sollen alle drei Modelle zur Auswahl stehen. Sie können dann immer noch frei entscheiden, ob und welches Modell sie einführen möchten.

Für Rückfragen:

Mario Röthlisberger

Präsident Junge CVP Nidwalden
079 692 29 00

mario.roethlisberger@kfnmail.ch